

INFORMATIONEN ZUR VOLLVERSAMMLUNG

5

DATUM: 26.11.2008

UHRZEIT: 14:00 UHR

10

ORT: AUDIMAX

Infos zur Vollversammlung am 26.11.2008

15

Inhalt:

Vorab.....	3
Beschluss der VV im SoSem 2006.....	4
Welche Argumentationen verwendet werden.....	5
Resolution 1: Keine Beteiligung an Gesprächen zur Verteilung von Studiengebühren.....	6
Resolution 2: Gegen die Gewichtung der Lehre nach Aufwand.....	7
Vorstellung der Stiftung aus Studiengebühren.....	8

Vorab

Der Fakultätsfachschaftsrat der Philosophischen Fakultät hat den AStA dazu aufgefordert, eine Vollversammlung zu dem Thema „Beteiligung an den Verteilungsgesprächen bei Studiengebühren“. Diesem kommen wir nach.

Da dieses Thema jedoch sehr vielschichtig ist und die Diskussionen auf einer Vollversammlung keinen Raum zum Entfalten haben, soll dir diese Broschüre helfen die verschiedenen Standpunkte zu verstehen und allen zu einem gleichen Diskussionsstand verhelfen.

Durch die Studierenden besprochen werden muss auch der aktuelle Vorgang: In der Lehrkommission wurde ein Beschluss zur Neuordnung der Vergabe der Studiengebühren gefasst. In der nächsten Vergaberunde soll nun nicht mehr, wie bisher, den Fakultäten Geld pro Studierendem zur Verfügung gestellt werden, sondern gewichtet nach den „Aufwendungen“ in der Lehre. Dies führt dazu, dass in der Philosophischen Fakultät, wie auch bei den WirtschaftswissenschaftlerInnen und auch den JuristInnen ein geringerer Betrag ankommt als beispielsweise in den Ingenieurs- oder Naturwissenschaften. Die Festlegung des „Aufwandes“ in der Lehre wurde hierbei vom MWK willkürlich vorgenommen.

Dieses Vergabesystem, Studierende einer Fakultät zahlen das Studium der Studierenden einer anderen Fakultät, soll im Senat verabschiedet werden. Die Studierenden sollen zu auf der Vollversammlung zu einem deutlichen Votum finden, welches dann im Senat Beachtung finden soll.

45 **Beschluss der VV im SoSem 2006**

Die uniweite Vollversammlung der Studierenden der Universität Hannover hat am 21.Juni 2006 folgende Resolution beschlossen:

Die Studierenden der Universität Hannover sprechen sich weiterhin entschieden gegen jede Form von Studiengebühren aus. Wir fordern deshalb:

- 50 1. Der Studentische Rat (StuRa) und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) sollen vielfältigen Widerstand gegen die praktische Umsetzung der bereits beschlossenen Gebührenpläne organisieren. Im Mittelpunkt dieser Widerstandsanstrengungen soll eine Kampagne stehen, die die Studierenden zu einem organisierten Zahlungsboykott aufruft, um den politischen Druck sowohl auf die Landesregierung, als auch auf die Gebührenumsetzer in
55 den entsprechenden Universitätsgremien zu erhöhen.
2. **Die Fachschaften beteiligen sich künftig nicht mehr an Verteilungsdiskussionen, die auf Kalkulationen über Studiengebühreneinnahmen basieren. Sie unterstützen den Zahlungsboykott und mobilisieren für weiteren Widerstand innerhalb der Studierendenschaft. Vorstellungen über Verbesserungspotential in Lehre und
60 Studierendensituation sollen als selbstverständliche studentische Forderungen formuliert werden. Studiengebühren als „Türöffner“ zur Erfüllung solcher Forderungen müssen jedoch scharf zurückgewiesen werden.**
3. Der Senat muss unverzüglich jedwede Diskussion über die Verwendung von Studiengebühreneinnahmen beenden. Die ProfessorInnen müssen sich im
65 gesamtgesellschaftlichen Interesse der Wissenschaft hinter den Protest der Studierenden stellen.
4. Das Präsidium muss sich gegenüber der Landesregierung eindeutig gegen die Erhebung von Studiengebühren aussprechen und sich mit den Studierenden solidarisieren.

Begründung:

- 70 Studiengebühren sind wissenschaftsfeindlich und antidemokratisch. Sie degradieren Wissenschaft zu einer „Ware“, die vom „Dienstleister“ Universität zur Investition in die individuelle Karriere angeboten wird. Die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Wissenschaft wird negiert und ein öffentliches Gut privatisiert. Ein gemeinschaftliches Lernen und Lehren von ProfessorInnen, Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Studierenden im Sinne einer Gruppenuniversität wird zu
75 Gunsten eines Kunden Anbieter-Verhältnisses aufgegeben. In diesem Sinne kann es nicht im Interesse der ProfessorInnen sein, von WissenschaftlerInnen zu reinen Dienstleistungsanbietern herabgesetzt zu werden. Studiengebühren sind ein erster Schritt in den Gebührenstaat. Sie begünstigen die Pläne, Bildung zu einer privat organisierten und an Profitinteressen ausgerichteten Dienstleistung werden zu lassen. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung zurück. Anstatt gesamtgesellschaftliche
80 Aufgaben solidarisch über das Steuersystem zu finanzieren, werden Risiken individualisiert, damit sich eine kleine Elite aus der Finanzierung des Allgemeinwohls zurückziehen kann.

Studiengebühren führen zu einer Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Benachteiligung gegenüber sozial schlechter gestellten Bevölkerungsteilen. Sie errichten zusätzliche Barrieren in einem ohnehin schon hochgradig selektiven Bildungssystem.

- 85 Eine grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren kann nicht mit der Diskussion über ihre Verteilung einhergehen. Zum einen erhält damit die Landesregierung eine zusätzliche Legitimation zur Einführung von Studiengebühren. Zum anderen könnte ein solches Vorgehen in der Öffentlichkeit als Akzeptanz von Gebühren interpretiert werden. Darüber hinaus führt die Beteiligung an Verteilungsdiskussionen einen Gebührenboykott ad absurdum. Wir wollen das Geld nicht verteilen,
90 wir wollen es zurück! Studiengebühren müssen verhindert werden! Dafür ist ein solidarischer Kampf aller Mitglieder der Universität notwendig!

Welche Argumentationen verwendet werden...

Pro Verteilungsdiskussionen:

- 95 x Studierenden müssen ihre Rechte wahrnehmen
- x Studiengebühren müssen gerecht verteilt werden
- x Wenn Studierende schon Kunden sind, sollen sie auch bei der Verteilung mitreden
- x Das Geld muss ich sowieso zahlen, also will ich wenigstens bestimmen, wo es
100 hingeht

Kontra Verteilungsdiskussionen:

- x Es werden keine demokratischen Entscheidungen geführt
- x Studiengebühren sollen auf diese Weise nur legitimiert werden
- x Studiengebühren sind generell abzulehnen
- 105 x Etwas ungerechtes (soziale Auslese) kann durch Verteilung nicht gerecht werden
- x In den Gremien haben Studierende nur begrenzt Mitspracherecht

110

Gewichteter Aufwand in der Lehre

Pro:

- 115 x In den Ingenieurs- und Naturwissenschaften entstehen höhere Kosten (z.B. durch Labore)

Kontra:

- x EinE LehrbeauftragteR für besondere Aufgaben (LfbA) kostet überall gleich viel
- x Kopierkosten sind uniweit gleich
- 120 x Studierende dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen
- x Technische Fächer werden auf Kosten der Kulturwissenschaften¹ gestärkt, die Schieflage wird weiter voran getrieben
- x Betreuungsverhältnis ist bereits jetzt schlechter

125

Links zum Thema:

http://pc2.asta.uni-hannover.de/asta/uploads/media/KontrASt_12_07_Wie_zu_argumentieren_gegen_Studiengeb_hren.pdf
<http://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung>

130

1 Kulturwissenschaften setzen sich aus den Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zusammen. Eine Definition findet ihr bei Wikipedia.

Resolution 1: Keine Beteiligung an Gesprächen zur Verteilung von Studiengebühren

135 Die Studierenden der Universität Hannover fordern die Vertreter und Vertreterinnen in den Gremien der Verfassten Studierendenschaft der Universität Hannover werden aufgefordert, sich nicht an Gesprächen um die Verteilung um Studiengebühren zu beteiligen.

Gleichwohl sollen sie sich für bessere Studien- und Lehrbedingungen einsetzen, wie dies
140 auch bisher der Fall ist.

Die Studierenden fordern das Präsidium der Universität ferner auf, ein Kontrollorgan zu installieren, welches zu zwei Dritteln aus Studierenden besteht. Dieses Kontrollorgan erhält Einblick in die Mittelverteilung aus Studiengebühren. Es hat lediglich kontrollierende,
145 keine gestaltende Funktion!

Begründung:

- (a) Studiengebühren waren, sind und bleiben sozial selektiv. Sie sind ein Mechanismus, der dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler, besonders aus finanziell schwachen
150 Schichten, kein Studium aufnehmen (vgl. HIS-Studie). Eine Mitsprache soll die Studierenden das Gefühl vermitteln, mitreden zu können und auf Augenhöhe zu verhandeln. Dies ist mitnichten der Fall. Ernsthafte Überlegungen die Studierenden zu beteiligen würde bedeuten, die Entscheidungsgewalt auf die Studienkommissionen zu übertragen.
- 155 (b) Eine Beteiligung an Gesprächen führt zu keinem Erfolg. Die Grenzen für die Vergabe der Mittel sind eng und bedürfen daher nur der Kontrolle der Studierenden, nicht aber der aktiven Teilnahme.
- (c) Studierende sind Teil dieser Universität und dürfen bei allen Entscheidungen, die Mittelvergabe eingeschlossen, mitreden und mitentscheiden. Die Reduktion des
160 Mitspracherechts auf Studiengebühren ist inakzeptabel und wird der Rolle der größten Statusgruppe nicht gerecht. Gleichzeitig verkennen Studierende damit ihre Situation. Studentische Mitbestimmung ist per Gesetz vorgegeben.
- (d) Die Verbesserung der Lehre ist elementare Aufgabe der Universität und darf nicht nur auf Studiengebühren reduziert werden. Alle Mitglieder dieser Hochschule sollten
165 Vorschläge für die Verbesserung machen.
- (e) Die Gelder, die vom Land für die Hochschulen zur Verfügung gestellt werden sind wesentlich mehr, als Studiengebühren jemals sein können. Eine Gute Lehre kann nur durch Landesmittel sichergestellt werden. Die Mitverteilung der Studiengebühren soll Studierende lokal binden und von den Problemen durch die Unterfinanzierung
170 der Hochschulen ablenken.
- (f) Wenn die Ankündigungen, mensch wolle Studierende stärker in die Prozesse einbinden, ernst gemeint sind, gibt es Möglichkeiten die Mitbestimmung zu sichern. Anstatt die Entscheidung darüber in die Studienkommissionen zu delegieren, bei denen die Studierenden die Mehrheit haben, entscheidet weiterhin der Fakultätsrat
175 über die Mittelvergabe.

Resolution 2: Gegen die Gewichtung der Lehre nach Aufwand

Die Studierenden der Universität Hannover sprechen sich gegen die Gewichtung der Lehre nach „Aufwand“ aus. Diese Spaltung der Studierenden ist nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Gleichberechtigung der Fakultäten, eine weitere Verschiebung der Betreuungsverhältnisse zu Ungunsten der Kulturwissenschaften ist unbedingt zu vermeiden.

Der AStA wird aufgefordert diese Stellungnahme der Universitätsleitung zukommen zu lassen und entsprechende Konsequenzen einzufordern.

Begründung:

Bereits jetzt ist das Betreuungsverhältnis in den Kulturwissenschaften wesentlich schlechter als in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Wesentlich weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Professorinnen und Professoren stehen mehr Studierenden gegenüber.

Gerade da, wo intensive Betreuung notwendig ist, gibt es besonders wenig Lehrende je Studierende. Dieses Missverhältnis darf nicht weiter fortgeführt werden. Des Weiteren sind die Kosten, die aufgewendet werden in den Fakultäten nicht unterschiedlich hoch.

Lehrbeauftragte kosten überall gleich viel, ebenso sind die Tarife für TutorInnen nicht unterschiedlich.

In den letzten Kürzungswellen wurden die kulturwissenschaftlichen Fächer überproportional deutlich getroffen. Während zwischen 1995 und 2005 in Deutschland 12,7% der Professuren nicht wieder besetzt wurde, waren es in den Kulturwissenschaften ca. 30%.

Vorstellung der Stiftung aus Studiengebühren

- Das Präsidium der Uni Hannover hat nach der Einführung von Studiengebühren Mittel bereitgestellt, aus denen Stipendien finanziert werden. Zusätzlich zu diesen Mitteln wurden
205 Gelder aus der Wirtschaft akquiriert. Die Stipendien wurden dann auf einer Sitzung der Stipendienvergabekommission, bei der auch WirtschaftsvertreterInnen anwesend sind, vergeben. Der Einfluss der Wirtschaft auf die Vergabe muss hierbei stark kritisiert werden. Letztendlich läuft das Eintreiben der Mittel bestenfalls dürftig, spätestens nach der zweiten Anfrage nach Geld aus der Wirtschaft, haben die Firmen zu ihrer „sparsamen“ Haltung
210 zurück gefunden. Neue Mittel sind laut Präsidium immer schwerer zu bekommen. Um dieses Problem zu umgehen, soll nun eine Stiftung gegründet werden, die die Aufgabe der Stipendienvergabe übernimmt. Die Gelder sollen sich aus gestiftetem Vermögen und aus den Zinsen von Studiengebühren zusammensetzen.
- 215 Der Vorschlag für eine Stiftung von seiten des Präsidiums sehen allerdings keine direkte Mitsprachemöglichkeit vor. Lediglich im Aufsichtsgremium der Stiftung, der das Kuratorium kontrolliert, sollten die Studierenden 50% der Sitze erhalten. Die Entscheidungen selbst werden im Kuratorium getroffen, auch hier wieder ohne Studierende.
220
- Die Vollversammlung soll sich positionieren, ob und unter welchen Bedingungen einer Stiftung aus Studiengebühren zugestimmt werden kann.